

Politiker streiten über Böllerverbot: Wer trägt die Verantwortung?

Berlin diskutiert erneut über ein Böllerverbot nach den Silvester-Krawallen 2025. Verletzungen und Schäden führen zu intensiven Debatten.



Berlin steht nach den chaotischen Silvesterfeierlichkeiten vor einer hitzigen Debatte über das Thema Böllerverbot. Am Donnerstag hat das Abgeordnetenhaus mehrheitlich gegen einen Antrag der Grünen gestimmt, der ein generelles Verbot von Feuerwerkskörpern für den Privatgebrauch verlangte. Die Krawalle der Silvesternacht hinterließen fast 400 Verletzte und Sachschäden in Millionenhöhe. Die Grünen forderten ein Verkaufsverbot für Pyrotechnik und eine eigene Verbotszone, um Mensch, Tier und Umwelt vor den Gefahren des „Böllerverwahnsinns“ zu schützen. Doch CDU, SPD und AfD lehnten den Vorschlag ab, was die Debatte über Sicherheit und Ordnung in der Stadt weiter anheizte, wie die **BZ Berlin** berichtete.

Forderungen nach einem bundesweiten Verbot

Die Diskussion um ein Böllerverbot findet nicht nur im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Am 6. Januar übergaben die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zusammen mehr als 1.961.000 Unterschriften für ein flächendeckendes Verbot von Feuerwerkskörpern in der Hauptstadt an die Staatssekretärin Juliane Seifert. Laut Jürgen Resch, dem Bundesgeschäftsführer der DUH, sei ein solches Verbot notwendig, um Verletzungen und Umweltschäden zu vermeiden. Er kritisierte die Gefahren, die von auch legalen Böllern ausgehen, und forderte eine Änderung der Sprengstoffverordnung vor der nächsten Bundestagswahl. Für Resch ist die Böllerei ein archaisches Phänomen, das dringend reformiert werden muss, und auf der Veranstaltung soll den Opfern der Silvesterböllerei Gehör verschafft werden, was die Forderungen nach einem Verbot weiter stützen würde, so **DUH**.

Die Auseinandersetzungen um den Umgang mit Pyrotechnik und deren Folgen sind intensiver denn je, während die Unterstützung für ein Böllerverbot wächst. Es bleibt abzuwarten, wie die politischen Akteure auf die anhaltenden Forderungen der Öffentlichkeit reagieren werden.

BZ Berlin

Details	
Quellen	• www.bz-berlin.de • www.duh.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de